

16.10.85

-1-

Antrag

der Freien und Hansestadt Hamburg

zur

Entschließung des Bundesrates zur Verbesserung des Umweltschutzes im Bundesrecht

- Antrag des Freistaates Bayern -

Punkt 16 der 555. Sitzung des Bundesrates am 18. Oktober 1985

Der Bundesrat mge beschließen, die Entschließung nicht zu fassen.

Begründung:

In der umweltpolitischen Diskussion wesentliche und von der fachlichen Notwendigkeit her gesehen unbestrittene andere Umweltschutzgesetze, wie z.B. das Chemikaliengesetz, Abfallbeseitigungsgesetz, Altlgesetz, Verkehrslrmschutzgesetz etc. sind nicht angeführt. Im einzelnen werden in der Bundesrats-Entschließung Sachaussagen getroffen und Vorgaben gemacht, die nicht dem derzeitigen Diskussionsstand in Bund/Lnder-Gremien entsprechen. Beispielsweise

- wird für das Abwasserabgabengesetz gefordert, daß besonders hohe Anstrengungen bei der Abwasserreinigung zu einer Abgabebefreiung führen sollen. Demgegenüber kann das Meinungsbild in dem Bund/Lnder-Gremium "Novellierung des Abwasserabgabengesetzes" aber so beschrieben werden, daß auch für diese Fälle eine Restabgabe als weiterer Anreiz beibehalten werden soll.
- fehlt bei dem Bereich Straßenverkehrsrecht die für den Umweltschutz entscheidende Gefahrgutverordnung Straße,
- fehlt beim Lebensmittelrecht eine Erklärung zur Schadstoffhchstmengenverordnung.
- stellt der bayerische Entschließungsantrag bei der EG-Gewässerschutz-Richtlinie lediglich auf den drängenden zeitlichen Aspekt ab, nimmt aber zu dem Hauptproblem, nämlich Grenzwerte nach dem verfügbaren Stand der Technik festzusetzen, keine Stellung.

Zusammenfassung wird festgestellt, daß dem Antrag aus fachlichen und allgemein umweltpolitischen Gründen nicht gefolgt werden kann.